

Ein würdiges Lebensende

Zu: „Neue Sterbehilfe-Debatte und kein Ende“, FR-Politik vom 22. Juli

Es ist zum Verzweifeln. Trotz eindeutiger Rechtsprechung weigern sich immer noch PolitikerInnen, in verantwortlicher Position Herr Spahn, einige Ärztfunktionäre und sonstige Gegner einer liberalen Sterbehilfe, diese umzusetzen und Menschen, die aus dem Leben scheiden wollen, ein schmerzfreies, würdiges Lebensende zu ermöglichen.

Ich habe 44 Jahre im Krankenhaus gearbeitet, davon 20 Jahre lang als Fachkrankenschwester für Anästhesie- und Intensivmedizin im OP. In dieser Zeit habe ich viel Elend gesehen und erlebt. Der Satz „Bitte helfen Sie mir“ ist immer wieder gefallen. Mich hat stets der Gedanke beruhigt, dass ich durch den beruflich möglichen (illegalen) Zugang zu entsprechenden Medikamenten meinem Leben bei aussichtslosem Leiden ein selbstbestimmtes, schmerzfreies Ende setzen konnte. Mehrere Menschen aus meinem beruflichen Umfeld haben dies getan, mit Medikamenten, die sie sich aufgrund ihrer Tätigkeit besorgen konnten. Mir ist es nach meinem Ausscheiden natürlich nicht mehr ohne weiteres möglich, im „Bedarfsfall“ an solche Medikamente heranzukommen. Das beunruhigt mich.

Ich bin der festen Überzeugung, dass ein ungeheurer politischer Druck zur Umsetzung der Legalisierung der Sterbehilfe entstünde, wenn es ÄrztInnen und medizinischem Personal nicht (mehr) möglich wäre, sich selbst entsprechende Medikamente besorgen zu können.

Inge-Lore Kausen, Bad Homburg

Geschlossen gehandelt

Zu: „EU-Parlament will ‚bittere Pille nicht schlucken‘“, FR-Politik vom 24.7.

Kritisch beäugt von den Egomanen aus den USA, Russland; Türkei und China haben die 27 europäischen Regierungschefs ein deutliches Zeichen gegenüber diesen Alleinherrschern gesetzt. Nach einem Sitzungsmarathon haben sie sich insbesondere über die Finanzhilfen für die Länder verständigt, die besonders vom Coronavirus betroffen sind. Zudem erfolgte eine Verständigung über den zukünftigen EU-Haushalt vor allem mit dem Schwerpunkt Klimaschutz. Das umfangreiche Gesamtpaket muss vom EU-Parlament und den 27 nationalen Parlamenten beschlossen werden. Es bleibt zu hoffen, dass dies gelingt! Bei allen unterschiedlichen Interessenlagen dürfte den Entscheidungsträgerinnen und -trägern klar geworden sein, dass Europa nur dann eine Zukunft hat, wenn es geschlossen auftritt und sich nicht von den Alleinherrschern auseinanderdividieren lässt.

Dieter Obst, Wiesbaden

Diskussion: frblog.de/lf-20200727



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200720
Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:
Tagebuch: Urlaub als Wellenritt
Freiwilliger Wehrdienst – wofür?
Wird Fleisch zum Luxusgut?
Randale auf dem Opernplatz
Streit übers Lieferkettengesetz
Rechtsextreme in der Polizei
Und weitere. Eine Übersicht: frblog.de/aktuell

Die Bundeswehr als Schule der Nation?

Freiwilliger Wehrdienst: „Angebot für Freunde der Armee“, FR-Politik vom 24. Juli

Militärische Laienspielgruppe

Den Vorschlag eines freiwilligen oder später mit Sicherheit auch verpflichtenden Wehrdienstes lehne ich ab. Das angegebene Ziel eines solchen – zunächst noch freiwilligen – Wehrdienstes soll es angeblich sein, das Gemeinschaftsdenken in der Gesellschaft zu erhöhen. Dieser Gedanke überzeugt mich nicht, denn ich sehe überhaupt nicht, wo dieses Gefühl abhandelngekommen sein sollte.

Ich hoffe, dass wir nicht wieder auf das Niveau zurückfallen, die Bundeswehr (oder irgendeine andere Armee) sei die Schule der Nation. Wer sich für die Gesellschaft einsetzen will, hat genügend Möglichkeiten bei den bestehenden Organisationen, in allen möglichen Bereichen aktiv tätig zu werden. Dazu braucht man nicht – wie von der Verteidigungsministerin vorgesehen – eine militärisch kasernierte Grundausbildung.

Ich habe auch eine große Abneigung gegen die Bewerberinnen und Bewerber, weil sich dort Personen versammeln werden, die Waffenfreaks und Anhänger von Befehl und Unterordnung sind. Sie werden immer militärische Laienspielgruppen sein. Und gegen die extremistische Gefahr in der Bundeswehr

wird diese Wehrpflicht auch nicht helfen, eher wird das Gegenteil eintreten.

Gerhard Burmester, Lübeck

Wie der Respekt verloren gegangen ist

Respekt versus Spaßgesellschaft versus Freiwilligendienst – kann man so unterschiedliche Themen tatsächlich unter einen Hut bringen? Auf welcher Seite finden wir dann den Respekt?

Die Verteidigungsministerin möchte gerne, dass Jugendliche in einer freiwilligen Betätigung, die nicht allein sozialen Aufgaben der Zivilgesellschaft dienen soll, ganz nebenbei eine Grundausbildung für wehrhafte Heranwachsende bekommen. Unter „wehrhaft“ bezeichnet man z.B. auch die Ausbildung an der Waffe. Gut, ohne den nötigen Respekt vor Vorgesetzten ist das nicht möglich. Man beobachtet in den letzten Jahren jedoch immer mehr, dass Respekt, der sich über die Erziehung im Elternhaus entwickeln soll, an keiner Stelle im öffentlichen Raum mehr wahrgenommen wird.

Ich sehe den Grund unter anderem in der Entpolitisierung der Gesellschaft. Zu meiner Zeit (1930 geboren) hatten wir allen Grund, uns nach der Niederschlagung des Hitler-Faschismus und dem Ende des Weltkriegs als Jugendliche zu organisieren, auf

allen politischen Ebenen. Heute ist die junge Generation durch den anhaltenden Klimawandel, der ihr Weiterleben auf dieser Erde hochgradig bedroht, dabei zurückzufinden. Nun kommen wir zum Thema Respekt: Um ihre Interessen, das Weiterleben auf unserem Planeten zu sichern, muss sie respektlos, meistens freitags, einen Teil des Unterrichts schwänzen.

Mitglieder unserer Weltgesellschaft mögen sich fragen, was an einer Spaßgesellschaft so schlecht sein soll. Eine Gesellschaft, deren Ziel das Heitere, Leichte, Witzige ist – wäre das nicht eigentlich ziemlich erstrebenswert? Es geht darum, dass eine im Konsumkapitalismus immer stärker werdende „Kulturindustrie“ zunehmend die Massen daran hindert, selbst zu denken – und mit billigen Juxartikeln wie Popmusik, Jazz, Filmen und anderem Krimskrams von dem Anderen, dem Nachdenkswerten und den schlimmen Zuständen in Teilen unserer Welt abhält. Unsere Bevölkerung – mit und ohne Migrationshintergrund – sollte nun die Zeit der Pandemie, die sicher noch lange anhalten wird, nutzen, unsere Gesellschaft in neue, ernsthaftere Bahnen zu lenken. Hier ist sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Politik gefordert.

Helmut Usinger, Offenbach

Diskussion: frblog.de/freiwillig

Scheinheilige Solidarität mit Wissler

„NSU 2.0“: „Esken greift Hessens Innenminister und Grüne an“, FR-Politik vom 20. Juli

Vor dem Hintergrund des Skandals um den vom „NSU 2.0“ teilkontaminierten Polizeiparagrafen muss einen verwundern, dass die CDU sich mit der von ihr politisch und menschlich stets verleumdete politischen Feindin Janine Wissler so scheinheilig solidarisch zeigte. Ansonsten dürfte aber klar sein, dass der Grund und die Ursache der rechten Todesdrohungen gegen Menschen, die dem Konzept der sozialen Gerechtigkeit und Menschlichkeit verpflichtet sind, seine Wurzeln auch im Dunstkreis der rechtsgerichteten Alfred-Dregger- und Holger Bellino-CDU hat.

In ungunstiger Erinnerung bleibt, wie feindselig und rücksichtslos Michael Boddenberg die ihm intelligenzmäßig und sprachlich überlegene, damals noch recht junge Janine Wissler zu Rechtsausleger Kochs Wahlkampfzeiten in HR-Fernsehrunden angegangen ist. Sie hatte einen für die konservativen Kreise unerträglich schnellen politischen Aufstieg hingelegt.

Wer wollte bezweifeln, dass – trotz eines Walter Lübcke – geheime Bande zwischen einer gewissen CDU-Gefolgschaft, überkommenen rechtsaffinen Strukturen im hessischen Verfassungsschutz und zu Angriffen

entschlossenen Rechtsaußen sich übers Land spannen, für die ein Andreas Temme, dessen Rolle im Mordfall Halit Yozgat unauferklärt ist, ein Indiz darstellt?

Der CDU geht es politisch nur um die Zementierung der schlichten ökonomischen Machtverhältnisse zwischen den Unseren da droben und den Unwürdigen da unten. Für sie ist der grenzenlos triviale besitzbürgerliche Materialismus das Höchste der Gefühle und Ideale. Der Faschismus lauert stets auch im angemaßten bürgerlichen Mittelstand.

Heinz Markert, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/polizei-rechts

Wir Christen sollten mehr mitbestimmen

Zu: „Weg mit der Kirchensteuer“, FR-Meinung vom 20. Juli

„Weg mit der Kirchensteuer“, empfiehlt der Redakteur auf der Leitartikelseite. Die beiden Kirchen in unserem Land sollten als Privatsache mit Spendengeldern finanziert werden, statt die Kirchensteuer weiterhin über das Finanzamt einzuziehen. Gar keine abwegige Idee. Für mich als Kirchenmitglied in der evangelischen Kirche immer wieder eine Überlegung. Aber dann müsste aus den Steuergeldern von uns allen allerhand an diakonischen Aufgaben und Wertekulturge-

staltung neu übernommen werden. Unsere Kirchenmitglieder gestalten einiges in dieser Demokratie neben der Pflege unserer religiösen Bedürfnisse und der haltgebenden Suche und Gemeinschaft als „Ausweg aus dem Fliegenglas“ (Scobel 2010) der Religion. Nicht nur finanziell!

Abgesehen nämlich davon, dass aus der Babyboomer-Generation nicht nur Kirchensteuern gezahlt werden, gestalten noch viele Ehrenamtliche die Gemeinschaft mit. Wir erhalten dafür al-

lerdings aus dem Kirchensteueraufkommen einen sehr geringen Zuschuss (1,30 Euro pro Kirchenmitglied). Damit sind dann die Ehrenamtlichen oftmals sehr überfordert, von der Institution und ihren Vorgaben. Wir Christen im Land sollten mehr und kritischer mitbestimmen, wofür das Steuergeld ausgegeben wird – wie übrigens in unserer Demokratie ja auch. Hoffentlich nicht nur durch Rückzug und Austritt und damit Steuer-„Einsparung“.

Ulrike Finke, Hamburg